



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DAS EUROPÄISCHE NETZWERK ERINNERUNG UND SOLIDARITÄT

- ANALYSE
Wiederbelebung einer »Totgeburt«? Das Europäische Netzwerk
Erinnerung und Solidarität 2
Stefan Troebst, Leipzig

- DOKUMENTATION
Danziger Erklärung von Bundespräsident Johannes Rau und
Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski 8
Absichtserklärung über die Gründung des Europäischen Netzwerks
Erinnerung und Solidarität 8

- CHRONIK
Vom 06. bis zum 19. Mai 2008 10

Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Wiederbelebung einer »Totgeburt«? Das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität

Stefan Troebst, Leipzig

Zusammenfassung

In der innerdeutschen wie in der deutsch-polnischen Diskussion über die Realisierung des im schwarz-roten Koalitionsvertrag vom Oktober 2005 genannten »sichtbaren Zeichens« zur »Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung« wird dieses in der Regel mit dem im Jahr 2000 initiierten Projekt eines »Zentrums gegen Vertreibungen« des Bundes der Vertriebenen (BdV) gleichgesetzt. Dabei wird übersehen, dass CDU/CSU und SPD in ihrer Vereinbarung explizit festgehalten haben, einen solchen Ort des Vertreibungsgedenkens in Berlin »in Verbindung« mit dem kurz vor dem Regierungswechsel von der rot-grünen Bundesregierung gemeinsam mit den Regierungen Polens, Ungarns und der Slowakei gegründeten Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität mit Sitz in Warschau einzurichten. Allerdings ist dieses 2004 in schwierigen multilateralen Verhandlungen vereinbarte Netzwerk seitdem anämisch geblieben, gar von seinen Kritikern in Politik und Medien als »Totgeburt« bezeichnet worden. Erst nach dem Regierungswechsel in Polen vom Herbst 2007 war Bewegung zu verzeichnen, die Anfang 2008 erste konkrete Formen annahm.

Europas postjugoslawisches Erbe

»Ethnische Säuberung« war das Etikett, mit dem die zahlreichen ethnopolitisch motivierten Zwangsmigrationen belegt wurden, die zwischen 1991 und 1995 in der Folge des Auseinanderbrechens der jugoslawischen Föderation in Kroatien, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina stattfanden. Sie haben im kollektiven Gedächtnis Europas die Erinnerung an Holocaust, Gulag, Porrajmos (Ermordung der europäischen Roma im Dritten Reich), Holodomor (sowjetischer Hungergenozid in der Ukraine), Aghet bzw. Yeghern (Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich) und andere Völkermorde, Sozozide, Ethnozide und Gesellschaftsverbrechen sowie vor allem an die gigantischen erzwungenen Bevölkerungsverschiebungen in Mittel- und Osteuropa in den beiden Kriegskadern 1912–1922 und 1939–1949 geweckt. Und regelrecht alarmierend auf die europäische Öffentlichkeit wirkte die Vertreibung von fast einer Million Kosovoalbanern durch serbische Sicherheitsorgane aus Rumpf-Jugoslawien nach Makedonien und Albanien 1999. Als eines der wenigen Vertreibungsgeschehen im Europa des 20. Jahrhunderts konnte dieses Verbrechen eines Staates an seinen Bürgern mittels Intervention von außen binnen weniger Monate fast vollständig rückgängig gemacht werden.

Ausgelöst durch die Ereignisse auf dem Balkan entwickelte der BdV im Jahr 2000 das Projekt der Gründung eines primär nationalen »Zentrums gegen Vertreibungen« in Berlin. Eine heftige innerdeutsche Debatte

sowie eine deutsch-polnische Polemik über diese private Initiative transportierten 2003 das Thema dann auch nach Polen. Die gemeinnützige Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen »Zentrum gegen Vertreibungen« und vor allem ihre (Ko-)Präsidentin, die CDU-Bundstagsabgeordnete Erika Steinbach, gelten seitdem in einem beträchtlichen Teil der polnischen Öffentlichkeit als Inkarnation eines aggressiven deutschen »Drangs nach Osten«. Umso bemerkenswerter war es daher, dass sich parallel zur schrillen grenzüberschreitenden Debatte über das »Zentrum gegen Vertreibungen« 2004 ein deutsch-polnischer Diskursstrang bezüglich einer Europäisierung der Vertreibungserinnerung samt Institutionalisierung entwickelte. Und noch erstaunlicher war, dass dafür Partner in anderen Teilen Zentraleuropas gefunden werden konnten.

Deutsch-polnische Initiativen zur Vertreibungserinnerung 2002–2003

Der Europäisierungsschub, den die Idee einer Institutionalisierung der Vertreibungserinnerung in Deutschland und Polen erfuhr, fiel in das Frühjahr 2002. Am 21. Februar 2002 optierten auf einer Potsdamer Podiumsdiskussion der damalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin für eine Europäisierung des BdV-Projekts und der sozialdemokratische Bundstagsabgeordnete Markus Meckel für ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen mit dem Standort Breslau (Dok. 1; *dieser Hinweis bezieht sich wie die folgenden auf die am Textende angegebene Quelle*). Die Bevölkerungsstruktur der

niederschlesischen Metropole, so das Argument, war im Zeitraum 1938–1952 durch Holocaust, Krieg, Flucht, Vertreibung der Deutschen und Ansiedlung von Polen, Ukrainern, Lemken, Griechen, Aromunen und Makedoniern, desgleichen von aus ganz Europa rückkehrenden polnischen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und anderen DPs sowie von Umsiedlern aus dem Inneren Polens einer ebenso dramatischen wie totalen Veränderung unterworfen, und zugleich galt die Stadt als Brennpunkt deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte. Am 16. Mai 2002 debattierte dann der Deutsche Bundestag über die Gewichtung von Nationalem und Europäischem im Plan der Einrichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen (Dok. 5 u. 6) und verabschiedete am 4. Juli mit rot-grüner Mehrheit eine maßgeblich von Meckel konzipierte Entschließung »Für ein europäisch ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibungen«. Die Schlüsselpassage lautete: »Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, einen europäischen Dialog über die Errichtung eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen zu beginnen. Ein solches Zentrum – als Dokumentations- und Begegnungszentrum mit Forschungsstätte – soll die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts in ihren verschiedenen Ursachen, Kontexten und Folgen, darunter die Vertreibung der Deutschen, dokumentieren. Die Betroffenen sollten ihr Schicksal und Leid in dieser Dokumentation wieder erkennen können – und gleichzeitig das der Vertriebenen anderer Völker sehen. So wird ein solches Projekt ein Ort historisch-wissenschaftlicher Aufarbeitung sein und zugleich daran erinnern, dass wir als Deutsche und Europäer alles dafür tun müssen, um solches Leid in Zukunft zu verhindern.« (Dok. 10)

Das Jahr 2003 war gekennzeichnet von einer schärfer werdenden Kontroverse innerhalb Deutschlands zwischen den Verfechtern eines in Berlin anzusiedelnden deutschen Zentrums und den Vertretern einer europäischen Einrichtung. Parallel zu diesem deutschen innenpolitischen Streit entwickelte sich im Sommer des Jahres eine hitzige polnisch-deutsche Debatte, die zunehmend die kooperativen Ansätze der Zeit davor überlagerte. Die dadurch bedingte Verschlechterung der bilateralen Beziehungen veranlasste Berlin und Warschau zum Krisenmanagement. Im Juli 2003 begannen die Präsidenten Polens und Deutschlands, Aleksander Kwaśniewski und Johannes Rau, über eine gemeinsame Initiative zur Entschärfung der Situation nachzudenken. Das Ergebnis war die so genannte Danziger Erklärung beider Präsidenten vom 29. Oktober 2003 (siehe Dokumentationsteil dieser Ausgabe), welche die Grundlage sowohl für die weiteren polnisch-deutschen Initiativen in diesem Politikfeld als auch für eine Europäisierung der bisherigen Institutionalisierungsinitiativen legte.

Zwar fand die Danziger Erklärung in Politik, Medien und Öffentlichkeit Polens und Deutschlands ein überwiegend positives Echo, doch gab es in beiden Staaten auch erheblichen innenpolitischen Gegenwind. Vor allem in Polen hatte die deutsch-polnische Debatte des Sommers in weiten Teilen der politischen Klasse eine Aversion bezüglich Thema und Begriff »Vertreibung« ausgelöst. Dies schlug sich am 27. November 2003 in einem auf Initiative des Sejm-Abgeordneten Bogdan Klich (heute polnischer Verteidigungsminister) von der liberalen *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) gefassten Beschluss des Sejm zur Gründung eines »Zentrums des Gedenkens der Völker Europas« nieder. Diese paneuropäische Neugründung, die unter der Ägide des Europarates stehen sollte, sollte sich thematisch mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts und ihren negativen Folgen in ihrer Gesamtheit – also nicht unter Fokussierung auf den Ausschnitt des Vertreibungsgeschehens der 1940er Jahre – befassen (Dok. 24).

Die Kontroverse in den deutschen und polnischen Medien über das »Zentrum gegen Vertreibungen« vom Sommer 2003 hatte aber nicht nur die Staatspräsidenten und Parlamente alarmiert, sondern auch die Regierungen in Berlin und Warschau bewogen, eine nachhaltige Entschärfung des im öffentlichen Vertreibungsdiskurs enthaltenen bilateralen Konfliktpotentials zu unternehmen. Motor dabei war die rot-grüne Bundesregierung in Berlin, wobei die Initiative vom sozialdemokratischen Regierungspartner ausging. Parteiintern wurde vereinbart, die Angelegenheit der im Kanzleramt angesiedelten und parteilosen Kulturstatsministerin Christina Weiss zu übertragen. Am 16. September 2003 teilte diese in einer Rede in Leipzig die Eckpunkte der deutschen Regierungsinitiative mit: »Uns geht es beim »Zentrum gegen Vertreibungen« nicht um einen Ort, sondern um einen Prozess. Einen Prozess der Verständigung, der Forschung und der Aufarbeitung. Ich plane deshalb, ein internationales Netzwerk zu etablieren, in dem Wissenschaftler, Politiker und Betroffene miteinander in Kontakt treten können. Die europäische Einigung ist ohne die Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert unvollkommen. Die Bundesrepublik Deutschland wird daher bei den obersten Gremien der Europäischen Union eine entsprechende Initiative einbringen.« Und in einem Beitrag für die Wochenzeitung *Die Zeit* vom 2. Oktober 2003 präzisierte die Ministerin das Vorhaben inhaltlich dahingehend, dass die Neugründung »einen starken Verbund dezentraler Werkstätten der Erinnerung« darstellen und »nicht nur auf Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert spezialisiert bleiben, sondern die Erinnerung an das nationalsozialistische Regime und die kommunistischen Diktaturen ebenso beinhalten wie die Suche nach den historischen Wurzeln des National-

staates und der Wahnvorstellung von seiner ethnischen Homogenität« solle (Dok. 21).

Die Gründung des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität 2004–2005

Der näher rückende Termin der EU-Osterweiterung durch acht Staaten Ostmitteleuropas am 1. Mai 2004 sorgte im Frühjahr 2004 für positiven Druck auf das Netzwerkprojekt mit dem deutsch-polnischen Tandem als Lokomotive. Im Zuge intensiver Reise- und Gesprächsdiplomatie konnte Kulturstaatsministerin Weiss den polnischen Kulturminister Waldemar Dąbrowski dazu bewegen, den 1991 gegründeten multilateralen Rahmen der Visegrád-Staatengruppe für den Netzwerkplan zu nutzen. Und in der Tat gelang es Warschau, Budapest und Bratislava dafür zu gewinnen. Dass selbst Prag zur Mitarbeit bereit war, ging wohl auf die Erfüllung der Bedingung zurück, dass neben Deutschland auch Österreich in die neue Konstruktion einzubinden sei. Im März 2004 kamen die sechs Kulturminister überein, für den Folgemonat ein erstes Treffen im neu gezimmerten »Visegrád + 2«-Rahmen in Warschau anzusetzen und dabei die beiden Themen »Politische und ethnische Konflikte, Zwangsmigrationen und Vertreibungen im Spiegel unseres Kulturerbes« und »Kulturelle Zusammenarbeit« zu besprechen.

Die Kompliziertheit der Konstruktion der »Visegrád + 2«-Kulturministertgespräche über ein europäisches Netzwerk zur Beschäftigung mit Zwangsmigration und damit deren geringe Praktikabilität erwiesen sich bereits beim ersten Treffen der Sechs am 22. und 23. April 2004 im Warschauer Königsschloss. In den Diskussionen der Minister wie vor allem der sie begleitenden Experten prallten die divergierenden thematischen Interessen von Polen und Deutschen unvermittelt aufeinander: Die polnische Seite war strikt gegen jegliche inhaltliche Fokussierung auf Flucht und Vertreibung und optierte vielmehr für eine breite historische Kontextualisierung, sprich: für die Einbeziehung der totalitären Regime von Nationalsozialismus und Stalinismus. Die deutsche Seite hielt hingegen in ihrer Absicht, das BdV-Projekt eines »Zentrums gegen Vertreibungen« in Berlin zu konterkarieren, an einer Ausrichtung des geplanten Netzwerks auf Zwangsmigrationsprozesse samt einschlägiger Bezeichnung fest. Hinzu kam das deutliche Bestreben der tschechischen Seite, jegliche Art von Institutionalisierung zu verhindern sowie die gesamte Unternehmung auf das Thema kultureller Zusammenarbeit, nicht auf Zwangsmigration, auszurichten. Im Ergebnis konnte man sich zwar auf einen Termin für ein Folgetreffen, nicht hingegen auf eine Benennung und folglich auch nicht auf ein Schlusscommuniqué einigen (Dok. 29 u. 30) – zu groß waren wei-

terhin die Meinungsverschiedenheiten über Namensgebung und Zuschnitt der geplanten Neugründung.

Nach einem zweiten Treffen von Experten und Beamten am 12. und 13. Juli 2004 wiederum in Warschau sowie im Zuge intensiver deutsch-polnischer Abstimmungen fand dann am 22. November 2004 in Krakau das dritte und letzte Expertentreffen statt, welches unter Beteiligung Polens, Deutschlands und Ungarns sowie mit Zustimmung der Slowakei den Entwurf einer Gründungsvereinbarung finalisierte (Dok. 39). Dass das Fehlen tschechischer und österreichischer Vertreter dabei kein Zufall war, wurde im Januar 2005 deutlich: Sowohl der tschechische Kulturminister Pavel Dostál als auch seine österreichische Kollegin Elisabeth Gehrler stiegen förmlich aus dem »Visegrád + 2«-Rahmen aus und lehnten das deutsch-polnisch-slowakisch-ungarische Netzwerkprojekt ab.

Die förmliche Ankündigung der Kulturminister Deutschlands, Polens, der Slowakei und Ungarns, »das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität (European Network Remembrance and Solidarity) gründen zu wollen«, erfolgte am 2. Februar 2005 in Warschau. Die Präambel und die Bestimmungen dieser Erklärung werden im Dokumentationsteil dieser Ausgabe wiedergegeben (*Anm. d. Red.*). Dass es sich dabei noch immer um eine bloße Absichtserklärung, nicht hingegen bereits um eine Vollzugsmeldung handelte, hatte seinen Grund in juristischen Problemen. Denn den beteiligten Regierungen gelang es nicht, eine gemeinsame Rechtsform für die Neugründung zu finden, so dass hilfs- und übergangsweise am 23. August 2005 in Warschau von dem international bekannten Künstler und Auschwitz-Überlebenden Józef Szajna eine private Stiftung nach polnischem Recht eingerichtet wurde. Erst als deren vierseitig zusammengesetzter Stiftungsrat sich am 7. September 2005 in der polnischen Hauptstadt mit dem Zeithistoriker und Regierungsbeamten Dr. Andrzej Przewoźnik an der Spitze konstituiert hatte, war das Netzwerk formell gegründet. Przewoźnik ist seit 1992 Generalsekretär des Rates zum Schutz der Erinnerung an Kampf und Märtyrertum (*Rada Ochrony Pamięci Walk i Męczeństwa*), welcher dem Ministerium für Kultur und nationales Erbe unterstellt ist. Diese älteste, da bereits 1947 gegründete polnische Regierungsbehörde für Geschichtspolitik wird seit 2001 vom ehemaligen Außenminister Professor Władysław Bartoszewski geleitet. Polnischerseits wurde der Rat als »vorbereitende Instanz« für das Netzwerk bestimmt.

Der Ausgang der Bundestagswahl mit dem Ende von Rot-Grün wenige Tage später und die Bildung einer großen Koalition unter Angela Merkel mit den Sozialdemokraten als Juniorpartner veränderten die politischen Rahmenbedingungen für das Netzwerkprojekt ebenso wie der Ausgang der Parlaments- und Präsi-

dentschaftswahlen in Polen im selben Herbst mit dem Machtwechsel von den Postkommunisten zu den Nationalkonservativen. Allerdings haben die neuen Regierungen in beiden Staaten in der Phase ihrer Etablierung zunächst am Kurs ihrer Vorgänger festgehalten. So wurde im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vom 11. November 2005 das Netzwerk nicht nur explizit erwähnt – neben der Absicht, »im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen [zu] setzen« –, sondern auch das Vorhaben einer Netzwerkserweiterung über die vier Gründungsstaaten hinaus (Dok. 51). Und der weiter amtierende polnische Stiftungsratsvorsitzende Przewoźnik benannte am 23. November 2005 in einem Interview mit der Tageszeitung *Die Welt* ausführlich die Erwartungen und Hoffnungen, welche die neue Führung in Warschau an diese Neugründung knüpfte (Dok. 52). Ähnlich haben sich im Winter 2005/06 auf deutscher Seite auch Bundeskanzlerin Merkel, der neue, von der CDU gestellte Kulturstaatsminister Bernd Neumann sowie dessen Amtsleiter Hermann Schäfer geäußert (Dok. 53–55). Mit anderen Worten: Es schien zunächst so, als würde die deutsch-polnische Netzwerkinitiative von 2004 auch unter den neuen politischen Koalitionen eine Fortsetzung finden.

Vom Stillstand 2006/07 zur Reaktivierung Anfang 2008

Deutsch-polnische Gespräche auf Kulturminister-, Regierungschef- und Präsidentenebene über das »sichtbare Zeichen« und das Netzwerk im Jahr 2006 blieben allerdings ergebnislos. Deutscherseits nahm der Bezug auf das Netzwerk rein formelhaften Charakter an, während seitens Staatspräsident und Regierung Polens selbst die Nennung der vierseitigen Unternehmung – »Europejska Sieć Pamięć i Solidarność« – unterblieb. Der ehemalige polnische Außenminister Bronisław Geremek hat diesen Stillstand in einem Interview mit dem Berliner *Tagesspiegel* am 17. September 2006 auf den Punkt gebracht, als er die Journalistenäußerung »Die jetzige Regierung in Warschau macht nicht den Eindruck, an dem Alternativprogramm ›Europäisches Netzwerk für Erinnerung‹ ernsthaft interessiert zu sein« mit der Frage kommentierte »Ist es denn die deutsche?«

Dennoch riss der Kommunikationsfaden auch unter der Regierung Jarosław Kaczyńskis nicht gänzlich ab, was vor allem das Verdienst des gemäßigten Ministers für Kultur und nationales Erbe, Kazimierz Michał Ujazdowski, war. So wurde für den Herbst 2007 eine erste internationale Netzwerkkonferenz zum Thema »Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Zukunftsperspektiven« (*Miejsca Pamięci w Europie Środkowo-Wschodniej. Doświadczenia przeszłości, przesłanie na przyszłość*) unter der Schirmherrschaft der Kulturminister Polens, Deutschlands, Ungarns und

der Slowakei im Warschauer Königsschloss vereinbart. Der neuerliche Regierungswechsel in Warschau machte dann allerdings eine Verschiebung auf den Januar 2008 erforderlich. Auch wurde diese quadrilaterale Unternehmung, die polnischerseits ursprünglich explizit als Signal einer Wiederbelebung des Netzwerks deklariert worden war, schließlich zu einer Unternehmung des gleichfalls von Przewoźnik geleiteten Rates zum Schutz der Erinnerung an Kampf und Märtyrertum in Kooperation mit deutschen, slowakischen und ungarischen Wissenschaftseinrichtungen umgewidmet.

Das polnische Taktieren hatte mutmaßlich auch mit dem Beschluss der Bundesregierung vom 24. Oktober 2007 zu tun, das 2005 vereinbarte »sichtbare Zeichen« in Form einer unselbständigen Stiftung mit dem Ziel eines Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrums zu Flucht und Vertreibung im Berliner »Deutschlandhaus« unter dem Dach des Deutschen Historischen Instituts zu realisieren – und zwar ohne Einbeziehung des polnischen Nachbarn. Die in Polen darüber aufgekommenen Irritationen versuchte Kulturstaatsminister Neumann am 5. Februar 2008 in Warschau auszuräumen. Sein polnischer Gesprächspartner, der für die Beziehungen zu Deutschland zuständige Staatssekretär in der Kanzlei des Ministerpräsidenten und Ex-Außenminister Bartoszewski, erklärte dabei zum einen sein Desinteresse an einer Mitwirkung Polens am neuen »Sichtbaren Zeichen gegen Flucht und Vertreibung« in Berlin, unterstrich aber andererseits die Bedeutung des Netzwerks und drängte sein deutsches Gegenüber zu dessen Reaktivierung. In einem gemeinsamen Kommuniqué »stimmten beide Seiten überein, dass es notwendig ist, das Europäische Netzwerk ›Erinnerung und Solidarität‹ zu aktivieren, welches ein wichtiges Forum des Geschichtsdialogs werden soll.«

Zwischenbilanz Mai 2008

Das Netzwerk verfügt auch fast drei Jahre nach seiner förmlichen Gründung über keine administrative Struktur. In seiner Doppelfunktion als Stiftungsratsvorsitzender des Netzwerks und als Generalsekretär des besagten Rates zum Schutz der Erinnerung an Kampf und Märtyrertum hat der Kulturpolitiker Przewoźnik allerdings einen eigenen Apparat zur Verfügung. Przewoźnik ist überdies der polnische Koordinator des Netzwerks – neben seinem deutschen Pendant, dem Ostmitteleuropahistoriker Prof. Dr. Matthias Weber vom Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Oldenburg), dem ungarischen Zeithistoriker Dr. Krisztián Ungváry vom Institut für Geschichte der Ungarischen Revolution 1956 (Budapest) und dem slowakischen Museologen Mgr. Boris Vigaš vom Museum des Slowakischen Nationalaufstandes (Banská Bystrica). Überdies hat die deut-

sche Seite einen wissenschaftlichen Mitarbeiter für das Netzwerk eingestellt, den Polenhistoriker Dr. Burkhard Olschowsky, der aber bislang nicht, wie eigentlich vorgesehen, in Warschau, sondern bis auf weiteres im Oldenburger Bundesinstitut ansässig ist. Sein Gegenüber auf der Arbeitsebene im Rat zum Schutz der Erinnerung an Kampf und Märtyrertum ist die Germanistin Mgr. Iwona Gałęzowska.

An konkreten Arbeitsergebnissen hat das Netzwerk bislang noch wenig vorzuweisen. Immerhin wurde die genannte Warschauer Konferenz vom Januar 2008 über Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa aufgrund lebhaften Medienechos nachträglich doch noch zu einer Netzwerk-Unternehmung umgewidmet und soll in eine Tagungspublikation münden. Für den September 2008 ist in Hamburg eine Podiumsdiskussion über »Das Jahr 1968 aus ostmitteleuropäischer Perspektive« geplant, desgleichen eine Neuauflage der zuletzt 1969 erschienenen deutschen Übersetzung von Józef Czapskis Erinnerungen »Unmenschliche Erde« (*Na nieludzkiej ziemi*), in denen dieser bereits 1945 über den sowjetischen Massenmord von Katyń berichtet. Auch hat die deutsche Seite, d. h. der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, im Rahmen seiner allgemeinen Projektförderung seit 2005 auch solche Forschungs- und Publikationsvorhaben gefördert, die thematisch dem Netzwerk zugeordnet sind. Dies gilt etwa für das Handbuchprojekt »Das Jahrhundert der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung in Europa 1912–1999. Ein Lexikon«, das von Historikern der Universitäten Düsseldorf, Berlin (Freie Universität), Leipzig, Breslau (Wrocław) und Aussig (Ústí nad Labem) herausgegeben wird und 2009 erscheinen soll. Alle vier Netzwerkpartner planen überdies seit längerem eine Wanderausstellung mit dem Titel »Aus der Sicht des Nachbarn« (*Okiem sąsiada*).

Die durch einen weiteren Beschluss des schwarz-roten Kabinetts vom 19. März 2008 festgeschriebene Separierung des »Sichtbaren Zeichens gegen Flucht und Vertreibung« vom Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität hat die mehrjährige Blockade des Netzwerks im Zeichen der deutsch-polnischen Beziehungskrise der Jahre 2005 bis 2007 offenkundig aufgehoben. Entsprechend hat auf einem Treffen der Netzwerk-Koordinatoren in Warschau am 7. Mai 2008 Przewoźnik seinen Kollegen aus Deutschland, Ungarn und der Slowakei mitgeteilt, dass polnischerseits Konsens darüber bestehe, dass das Netzwerk endlich seinen regulären Betrieb aufnehmen solle. Zu erwarten ist daher, dass im Budget des polnischen Ministeriums für Kultur und nationales Erbe in Bälde eine entsprechende Haushaltslinie eingerichtet und auch das Netzwerk-Sekretariat seinen Betrieb aufnehmen wird. Dem Vernehmen nach soll ein für Mitte Juni 2008 geplantes

Folgetreffen der Netzwerk-Koordinatoren sodann die Ausschreibung der Direktorenstelle vorbereiten sowie der Sichtung von Nominierungen für Lenkungsausschuss, Wissenschaftlichen Beirat und Kuratorium dienen. Dann könnte sich die quadrilaterale Unternehmung der europäischen Öffentlichkeit erstmals seit ihrer Gründung 2005 als eigenständige Kooperationsstruktur im erinnerungskulturellen Diskurs der Europäer präsentieren.

Schluss

Bei dem überaus mühsamen Start des Netzwerks ist der ungewöhnliche Umstand zu berücksichtigen, dass ein so konfliktbeladenes Thema wie ethnopolitisch motivierte Zwangsmigration überhaupt zum Gegenstand grenzüberschreitender Gedächtnisdiskurse in Zentraleuropa, gar für europaweite Institutionalisierungsinitiativen genommen wurde. Denn die Erinnerungskulturen ganz Europas sind weiterhin national segmentiert und damit nur ausnahmsweise kompatibel. Das im Jahr 2000 in Stockholm festgeschriebene Bestreben, das Holocaust-Gedächtnis nachträglich zum Gründungsmythos der Europäischen Union zu machen, ist eine Illusion geblieben, und auch transnationale selbstkritische Erinnerungsdiskurse über Kolonialismus, Rassismus oder Kollaboration in Europa sind nicht vom Fleck gekommen. Selbst das sich weiter verstärkende europaweite Interesse am Genozid an den Armeniern im Ersten Weltkrieg ist insofern eben keine regelbestätigende Ausnahme, als hier primär Kritik an anderen, nicht am eigenen Kollektiv geübt wird. Wie konfliktträchtig das Vertreibungsthema auch in anderen europäischen Foren diskutiert wird, belegt die Reaktion der Parlamentarischen Versammlung des Europarats auf den Vorschlag des Komitees für Migration, Flüchtlinge und Bevölkerung dieser ältesten paneuropäischen Institution zur Einrichtung eines »Europäischen Zentrums der Erinnerung an Opfer erzwungener Bevölkerungsbewegungen und ethnischer Säuberungen«: Er erreichte aufgrund einer französisch-russisch-türkischen Ablehnungsfront zweimal, im Januar 2005 und im Oktober 2006, nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit (Dok. 41–44).

Auch im erweiterten Europa der sich zunehmend rechtlich, monetär, sozial, ökonomisch und infrastrukturell integrierenden Europäischen Union bestimmt in der Regel also nationale Geschichtspolitik neben der Innenpolitik zugleich die jeweilige Außenpolitik. Dies gilt nicht nur für traditionelle Sonderfälle wie Frankreich oder Griechenland, sondern periodisch auch für die vormaligen versöhnungspolitischen Musterknaben Deutschland und Polen. Die zentrale Frage, die sich dabei stellt, ist natürlich, ob es sich hier um einen kurzfristigen konjunkturellen Ausschlag handelt, der durch aktuelle innen- und parteipolitische Konstellation

tionen in den jeweiligen Staaten bedingt ist, oder ob es sich um eine langfristige und damit unmittelbar kaum beeinflussbare Entwicklung handelt – eine Entwicklung, die möglicherweise in kausalem Zusammenhang mit eben der vertieften Integration EU-Europas steht: nationale Selbstvergewisserung durch Abstoßungsreaktion gleichsam.

Ob die »Ökumene der Historiker« Europas Prozesse dieser Art positiv beeinflussen kann, ist dabei eine offene Frage. Zwar hat die Geschichtswissenschaft Polens, Deutschlands, Ungarns und der Slowakei ganz maßgeblich zu Zustandekommen und Wiederbelebung des Netzwerks beigetragen – das rein politisch bedingte »Einfrieren« konnten sie jedoch nicht verhindern. Und sowohl in Deutschland wie in Polen gibt es Hecken-schützen in den eigenen Reihen, wie etwa neuere Publi-

kationen des Münchner Instituts für Zeitgeschichte oder ganz aktuell der polnische »Fall Musiak« belegen. Um so bemerkenswerter ist daher der Ende April 2008 vom Warschauer Verlag DEMART ohne jegliche staatliche oder multilaterale Unterstützung veröffentlichte Atlas *Wysiedlenia, wypędzenia i ucieczki 1939–1959. Atlas ziem Polski* (Aussiedlungen, Vertreibungen und Fluchtbewegungen 1939–1959. Atlas der Gebiete Polens), in dem vier junge Zeithistoriker aus Warschau und Breslau die Vertreibungs- und Vernichtungsschicksale von Juden, Polen, Deutschen und Ukrainern in den bis 1939 sowie ab 1945 polnischen Gebieten gleichberechtigt thematisieren und kontextualisieren. Netzwerkfinanzierte Übersetzungen ins Deutsche und andere Sprachen sind geplant.

Zitierte Quelle:

Troebst, Stefan (Hrsg.): *Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung. Eine Dokumentation*. Osnabrück 2006.

Über den Autor:

Stefan Troebst, Osteuropahistoriker und Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig, 2004–2005 Berater der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, 2005–2006 Gastprofessur am Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław und am Collège d'Europe in Warschau-Natolin, seit 2008 Beiratsvorsitzender der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung. Autor von *Kulturstudien Ostmitteleuropas. Aufsätze und Essays*, Frankfurt/M. u. a. 2006, und *Erinnerungskulturen im östlichen Europa. Bestandsaufnahme, Kategorisierung, Periodisierung/ Postkomunistyczne kultury pamięci w Europie Wschodniej. Stan, kategoryzacja, periodyzacja*. Wrocław 2005, sowie von Beiträgen in *Die Zeit*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Kommune*.

Weiterführende Literatur:

- Gnauck, Gerhard: Für eine Wiedervereinigung der Erinnerung – im Krebsgang voran – das »Zentrum gegen Vertreibungen« und das »Netzwerk«. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 23. November 2005 (<http://www.nzz.ch/2005/11/23/fe/articleDCFB8.html>).
- Łada, Agnieszka: *Debata publiczna na temat powstania Centrum przeciw Wypędzeniom w prasie polskiej i niemieckiej*. Wrocław 2006.
- Piskorski, Jan M.: *Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift*. Osnabrück 2005.
- Powstanie Fundacji Europejskiej Sieci »Pamięć i Solidarność«. In: *Wikinews. Polskojęzyczna Wikipedia* (http://pl.wikinews.org/wiki/Powstanie_Fundacji_Europejskiej_Sieci_%22Pamięć_i_Solidarność%22).
- Troebst, Stefan: Das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität. Eine zentraleuropäische Initiative zur Institutionalisierung des Vertreibungsgedenkens 2002–2006. In: *Zeitgeschichte* 34 (2007), S. 43–57.
- Vetter, Reinhold: Europäisches Erinnern. Das »Netzwerk Erinnerung und Solidarität« hat seine Arbeit begonnen. In: *Dialog* Nr. 72/73 (2005/06), S. 115–118.

Dokumentation

Danziger Erklärung von Bundespräsident Johannes Rau und Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski

Gdańsk, 29. Oktober 2003

Im 20. Jahrhundert wurden in Europa viele Millionen Menschen Opfer von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung.

Einen besonderen Platz in der Erinnerung des polnischen und des deutschen Volkes nehmen Gräueltaten ein, die an Millionen von Menschen in Folge des vom menschenverachtenden nationalsozialistischen Unrechtsregime entfesselten Krieges verübt worden sind.

Dieses Martyrium hat Millionen von Menschenleben gekostet. Es hat das Leben vieler weiterer Menschen mit Schmerz, Verlust und Trauer überschattet. Es hat viele Gesellschaften grundlegend verändert, und es beeinflusst weiterhin die Beziehungen zwischen unseren Völkern. Umsiedlung, Flucht und Vertreibung sind Teil der Geschichte Europas und damit auch Teil seiner Identität.

Angesichts dieser bitteren Vergangenheit müssen wir unsere Anstrengungen für eine bessere Zukunft vereinen. Wir müssen der Opfer gedenken und dafür sorgen, dass es die letzten waren. Jede Nation hat das selbstverständliche Recht, um sie zu trauern, und es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Erinnerung und Trauer nicht missbraucht werden, um Europa erneut zu spalten. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr geben für Entschuldigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste.

Die Europäer sollten alle Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung, die sich im 20. Jahrhundert in Europa ereignet haben, gemeinsam neu bewerten und dokumentieren, um ihre Ursachen, ihre historischen Hintergründe und ihre vielfältigen Konsequenzen für die Öffentlichkeit verständlich zu machen. All dies kann nur im Geist der Versöhnung und Freundschaft erreicht werden. Es wird uns um so fester miteinander verbinden.

Wir rufen dazu auf, einen solchen aufrichtigen europäischen Dialog über diese wichtige Frage, die unsere Vergangenheit und unsere gemeinsame Zukunft betrifft, zu führen, und erwarten, dass hoch angesehene Persönlichkeiten, Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft ihren Beitrag dazu leisten werden. Sie sollten auch Empfehlungen formulieren, in welchen Formen und Strukturen dieser Prozess einer europäischen Bestandsaufnahme und Dokumentation durchgeführt werden kann.

Wir sind überzeugt davon, dass die Ergebnisse dieses europäischen Dialoges einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung unseres gegenseitigen Verständnisses und zur Stärkung unserer Gemeinsamkeiten als Bürger Europas leisten werden.

Quelle: www.schwall-dueren.de/fileadmin/material/texte/Downloads/Polen-DPG/danziger_erklaerung.pdf (Zugriff am 19.05. 2008)

Absichtserklärung über die Gründung des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität

2. Februar 2005

Die Kulturminister Deutschlands, Polens, der Slowakei und Ungarns –

eingedenk der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, die in hohem Maße durch Kriege und totalitäre Diktaturen geprägt war, welche eine ungeheuere Anzahl Opfer forderten und unermessliches Leid über die Menschen brachten,

auf der Grundlage der seit 1945 geschlossenen völkerrechtlichen bi- und multilateralen Verträge, politischen Vereinbarungen und Abkommen, die als historische Tatsachen respektiert werden,

in Anerkennung des politischen Wandels in Europa seit 1989, insbesondere der am

1. Mai 2004 vollzogenen Erweiterung der Europäischen Union, die den zwischenstaatlichen Beziehungen der beteiligten Länder einen neuen Charakter verliehen hat,

in dem Wunsch eine gemeinsame, ausschließlich vom europäischen Geist der Versöhnung getragene Analyse, Dokumentation und Verbreitung der Vergangenheit zu unterstützen, die Geschichte der Völker Europas miteinander zu ver-

binden, zur Entwicklung einer europäischen Erinnerungskultur beizutragen und damit die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten zu festigen, –

erklären, das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität (European Network Remembrance and Solidarity) gründen zu wollen. Die an der Gründung dieses Netzwerks beteiligten Länder werden offen sein für die Aufnahme weiterer Länder.

1. Gegenstand des Netzwerks

Gegenstand des Netzwerks ist die Analyse, Dokumentation und Verbreitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts, eines Jahrhunderts der Kriege, der totalitären Diktaturen und der Leiden der Zivilbevölkerung – als Opfer von Kriegen, Unterdrückung, Eroberung, Zwangsmigrationen sowie als Opfer von nationalistischen, rassistischen und ideologisch motivierten Repressionen.

2. Aufgaben des Netzwerks

Aufgaben des Netzwerks Erinnerung und Solidarität sind:

a) die Verbindung der in den einzelnen Ländern bereits bestehenden Initiativen sowie die Organisation der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen, staatlichen und Außerregierungsinstitutionen, Forschungseinrichtungen und Orten der Erinnerung;

b) die Förderung, Finanzierung und Durchführung gemeinsamer Forschungs- und Bildungsprojekte sowie von Konferenzen, Ausstellungen, Veröffentlichungen und weiteren einschlägigen Aktivitäten.

3. Struktur des Netzwerkes

Für die Koordinierung des Europäischen Netzwerkes Erinnerung und Solidarität soll ein Sekretariat mit Sitz in Warschau eingerichtet werden. Das Sekretariat soll von einem Direktor / einer Direktorin geleitet werden. Zur Unterstützung der Arbeit des Sekretariats wird ein Lenkungsausschuss (Steering Committee) eingerichtet, dem jeweils ein von den beteiligten Ländern benannter Koordinator und der Direktor des Sekretariats angehören sollen. Ferner sollen ein Wissenschaftlicher Beirat (Advisory Council) sowie ein Kuratorium (Board) geschaffen werden, das aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gebildet wird.

4. Zusammenarbeit mit europäischen Institutionen

Das Netzwerk Erinnerung und Solidarität strebt eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, dem Europarat und der OSZE an und wird sich auch um eine gemeinsame Beantragung von EU-Finanzierungen bemühen.

5. Die Länder, die sich an der Gründung des Netzwerkes beteiligen, erklären ihre Absicht, eine Vereinbarung zu treffen, die über die Aufgaben und die finanziellen Aspekte des Netzwerkes konkrete Regelungen beinhalten wird.

Quelle: <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/artikel/33/782733/multi.htm> (Zugriff am 19.05. 2008)

Chronik
Vom 06. bis zum 19. Mai 2008

06.05.2008	Ministerpräsident Donald Tusk teilt mit, die Regierung habe dem Sejmpräsidium ihren Gesetzentwurf für das sog. Kompetenzgesetz vorgelegt, das das Verhältnis zwischen Regierung, Sejm, Senat, Staatspräsident und den Europäischen Institutionen festlegt. Auf die Novellierung des Gesetzes hatten sich Tusk und Staatspräsident Lech Kaczyński im Kontext der Ratifizierung des EU-Vertrags von Lissabon geeinigt. In der vergangenen Woche hatte bereits die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) ihr Gesetzesprojekt vorgelegt.
07.05.2008	Außenminister Radosław Sikorski stellt in einer Grundsatzrede vor dem Sejm die Außenpolitik vor. Als Hauptziel bezeichnet er u.a. die Stärkung der Position Polens in der Europäischen Union und nennt als strategische Partner Deutschland und Frankreich. Polen solle Schutzpatron und Förderer der EU-Ostpolitik sein. Ein weiteres Kernelement sei die Sicherheit, die Polen im Rahmen der NATO gewährt werde. Dafür sei es nötig, die Position der polnischen Streitkräfte im Bündnis zu stärken und die Partnerschaft mit den USA weiterzuentwickeln. Im Verhältnis zu den USA sei nicht die Visumsfreiheit für Polen das wichtigste, sondern die amerikanische Hilfe bei der Modernisierung der polnischen Armee. Von dieser werde das Verhandlungsergebnis für das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem in Polen abhängen.
07.05.2008	Bei einer neuen amerikanisch-polnischen Verhandlungsrunde in Warschau über das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem in Polen werden Arbeitsgruppen gebildet. Die Bereiche, die sie abdecken, sind: die Bedrohung, die sich aus der Installation des Systems für Polen ergeben könnte, der Umfang der Modernisierung der polnischen Armee und die Finanzierung des Vorhabens. Nach Einschätzung des stellvertretenden Außenministers Witold Waszczykowski lässt sich deutlich erkennen, dass die amerikanische Seite Polen entgegenkommen sei und die Verhandlungen noch vor Beendigung der Amtszeit von Präsident George W. Bush abschließen wolle. Ministerpräsident Donald Tusk und Verteidigungsminister Bogdan Klich bekräftigen im Sejm, dass Polen seine Zustimmung vom Umfang des amerikanischen Beitrags zur Modernisierung der polnischen Armee abhängig machen werde.
09.05.2008	Der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Grzegorz Schetyna kündigt als Kern der Selbstverwaltungsreform eine Dezentralisierung an, die zur Erweiterung der Kompetenzen der lokalen Selbstverwaltungen und Marschallämter führen soll.
09.05.2008	Im Sejm konstituiert sich ein außerordentlicher Ausschuss, der sich mit dem von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) vorgeschlagenen Entwurf einer Verfassungsänderung befassen wird. Dieser sieht vor, dass strafrechtlich Verurteilte sich nicht für ein Abgeordnetenmandat bewerben dürfen und dass die sog. formale Immunität aufgehoben wird (= Notwendigkeit des Einverständnisses des Sejm, einen Abgeordneten oder Senator zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen). Zum Vorsitzenden des Ausschusses wird der PO-Abgeordnete Stanisław Chmielewski gewählt.
12.05.2008	Irena Sendler, die während der deutschen Besatzung Warschaws im Zweiten Weltkrieg ca. 2.500 jüdischen Kindern das Leben rettete, stirbt im Alter von 98 Jahren in Warschau. 2006 war sie für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden.
13.05.2008	Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) beschließt, neben der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) ein eigenes Projekt zur Verfassungsänderung im Sejm einzureichen. Neben der Lustration soll die Rücknahme der hohen Pensionen für ehemalige Funktionäre der Geheimdienste der Volksrepublik in der Verfassung festgeschrieben werden. Das Kandidaturverbot für strafrechtlich Verurteilte soll im Vergleich zum Gesetzentwurf der PO auf Personen reduziert werden, die z.B. wegen Straftaten gegen den Staat, das Leben, Gesundheit und Eigentum verurteilt wurden. Das Kandidaturverbot soll demnach nicht diejenigen betreffen, die z.B. wegen Notwehr oder steuerlicher Vergehen verurteilt wurden.
13.05.2008	Nach der neuesten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS (Centrum Badań Opinii Społecznej) bezeichnen 47 % der Polen die deutsch-polnischen Beziehungen als »weder gut noch schlecht«, 38 % beurteilen sie als »gut«, 9 % als »schlecht«. Im Juli vergangenen Jahres hatten 18 % die Beziehungen als »gut« bewertet.
13.05.2008	Im Rahmen der Untersuchung der Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der Auflösung der Militärischen Nachrichtendienste (Wojskowe Służby Informacyjne – WSI) werden Wohnungen – u.a. von Angehörigen der Kommission, die die Auflösung des WSI durchgeführt hatte – durchsucht und ein ehemaliger Offizier der militärischen Geheimdienste der Volksrepublik Polen sowie ein Journalist vorläufig festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, gegen Bezahlung die Streichung von Namen auf der Liste der WSI-Angehörigen angeboten zu haben.
14.05.2008	Verteidigungsminister Bogdan Klich teilt in Brüssel mit, Polen werde dem Eurokorps beitreten und sich mit ca. 3.000 Soldaten beteiligen.

15.05.2008	Während seines Aufenthalts in Israel anlässlich der Feierlichkeiten zum 60jährigen Bestehen des Staates weist Staatspräsident Lech Kaczyński darauf hin, dass die NATO Georgien im April eine Mitgliedschaftszusage gemacht habe und sich dessen ungeachtet zur Lage in Georgien zu passiv verhalte.
15.05.2008	Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug der Export polnischer Unternehmen im 1. Quartal 2008 fast 28,5 Mrd. Euro und stieg damit im Vergleich zum 1. Quartal des Vorjahres um 18,4 %. Der Import stieg gegenüber dem 1. Quartal 2007 um 19,9 % und betrug fast 33,3 Mrd. Euro.
15.05.2008	In Warschau wird die 53. Internationale Buchmesse eröffnet. Gastland ist Israel.
16.05.2008	Staatspräsident Lech Kaczyński legt gegen die von der Regierung eingebrachte Novelle zum Mediengesetz sein Veto ein. Die Novelle sieht u.a. eine Änderung bei der Wahl der Mitglieder des Landesrundfunk- und Fernsehrates (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) vor: Diese sollen von Hochschulen und aus dem Bereich Kultur empfohlen werden und nicht wie bisher von politischen Parteien. Darüber hinaus soll der KRRiT nur die Programmaufsicht über die Medien ausüben und keine Lizenzen für Radio- und Fernsehsender erteilen. Präsident Kaczyński begründet sein Veto neben verfassungsrechtlichen Bedenken mit der Gefahr einer zunehmenden Kommerzialisierung der öffentlichen Medien und eines schwindenden Einflusses der Bürger sowie eines möglichen fortschreitenden Privatisierungsprozesses der Medien.
17.05.2008	Auf einem von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) im Sejm organisierten Seminar unter dem Titel »Wie lässt sich Eigentum in Nord- und Westpolen vor deutschen Forderungen schützen?« urteilt der Parteivorsitzende Jarosław Kaczyński, die polnische Politik der Entschuldigungen nach 1989 habe die Grundlage für Forderungen gelegt, die sich auf die Nord- und Westgebiete Polens beziehen. Die PiS-Senatorin und Vorsitzende der Polnischen Treuhand (Powiernictwo Polskie), Dorota Arciszewska-Mielewczyk, behauptet, dass diejenigen, die Eigentumsforderungen erheben, die Erben der 5. Kolonne seien, die Polen hinterrücks ermordet habe.
19.05.2008	In Warschau wird die Gesellschaft LitPol Link gegründet, deren Aufgabe die organisatorische und formale Vorbereitung der Energiebrücke zwischen Polen und Litauen ist. Schätzungen zufolge wird die Energiebrücke Kosten von 650 Mio. Euro für Polen und von 262 Mio. Euro für die litauische Seite bedeuten.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2008 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen